

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 13/46. Jg.

31. März 1933

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement Die „Graphische Presse“ erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit „Graphischer Technik“ 0,50 RM. auschl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zettlungs-Katalog Nr. 3573). Für Länder des Weltpostvereins 1.— RM.

Redaktion:
Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12. Redaktions-
schluß: Montag, Freitag: 8 2, Lützow 5583.
Verlag: Johannes Haß, Berlin W 9. — Druck und Expedition:
Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion Für die vierspaltige Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 RM., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 RM. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.*
Postverlagsort: Scheuditz

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12. Für den Inseratenteil verantwortlich: Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Erklärung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Die nachstehende Erklärung wurde Reichskanzler Adolf Hitler durch den Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Theodor Leipart, am 21. März d. J. zugeleitet. In der Öffentlichkeit wird die Aufgabe und Stellung der Gewerkschaften in den durch die Reichstagswahl geschaffenen Veränderungen des Staatsgefüges vielfach erörtert. Willens- und Kundgebungen der Gewerkschaften über Art und Richtung ihrer ferneren Tätigkeit finden weithin größte Beachtung. Die verbindlichen Äußerungen einzelner Spitzenvertretungen und großer Organisationen bildeten die Grundlage zahlreicher Erörterungen in der Presse. Zu diesen Diskussionen nimmt nun der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund Stellung mit einer von seinem Bundesvorstand beschlossenen Erklärung. Die Erklärung lautet:

Die Gewerkschaften sind der Ausdruck einer unabwiesbaren sozialen Notwendigkeit, ein unerläßlicher Bestandteil der sozialen Ordnung selbst. Als organisierte Selbsthilfe der Arbeiterschaft sind die Gewerkschaften ins Leben getreten und im Verlaufe ihrer Geschichte aus natürlichen Gründen mehr und mehr auch mit dem Staate selbst verwachsen. Die sozialen Aufgaben der Gewerkschaften müssen erfüllt werden, gleichviel welcher Art das Staatsregime ist.

Die großen Tarifgemeinschaften zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der deutschen Arbeiterschaft sind der untrügliche Beweis dafür, daß die Gewerkschaften von dem Willen geleitet sind, die ihnen obliegende Vertretung der Arbeiterinteressen in freier Vereinbarung mit den Unternehmern wahrzunehmen. Trotz aller Wirrnisse und wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben die Tarifverträge durch die Jahrzehnte sich erhalten und in weitem Umfange dem Wirtschaftsfrieden gedient.

Durch die Anerkennung und Inanspruchnahme des staatlichen Schlichtungswesens haben die Gewerkschaften gezeigt, daß sie das Recht des Staates anerkennen, in die Auseinandersetzungen zwischen organisierter Arbeiterschaft und Unternehmertum einzugreifen, wenn das Allgemeininteresse es erforderlich macht.

Die Gewerkschaften haben der freiwilligen Vereinbarung mit den Unternehmern stets den Vorzug vor Zwangstarifen gegeben und halten auch weiterhin an dieser Auffassung fest. Sie sind durchaus bereit, auf diesem Wege im Sinne einer Selbstverwaltung der Wirtschaft auch über das Gebiet der Lohn- und Arbeitsbedingungen hinaus dauernd mit den Unternehmerorganisationen zusammen zu wirken. Eine staatliche Aufsicht über solche Gemeinschaftsarbeit der freien Organisationen der Wirtschaft könnte ihr unter Umständen durchaus förderlich sein, ihren Wert erhöhen und ihre Durchführung erleichtern. Die Gewerkschaften beanspruchen nicht, auf die Politik des Staates unmittelbar einzuwirken. Ihre Aufgabe in dieser Hinsicht kann nur sein, die berechtigten Wünsche der Arbeiterschaft in bezug auf sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen der Regierung und Gesetzgebung zuzuleiten sowie der Regierung und dem Parlament mit ihren Kenntnissen und Erfahrungen auf diesen Gebieten dienlich zu sein.

Die Gewerkschaften beanspruchen für sich kein Monopol. Über der Form der Organisation steht die Wahrung der Arbeiterinteressen. Eine wahre Gewerkschaft kann sich aber nur auf freiwilligen Zusammenschluß der Mitglieder gründen, sie muß von den Unternehmern ebenso wie von politischen Parteien unabhängig sein.

Berlin, 21. März 1933.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Die Konjunktur in Deutschland

Die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland wird in den nächsten Wochen weit mehr als bisher in das Blickfeld der Öffentlichkeit treten. Bei der so dringend notwendigen Verminderung der Arbeitslosigkeit wird es darauf ankommen, inwieweit die deutsche Wirtschaft die Kräfte in sich trägt, die Krise zu überwinden. Nach der Darstellung des Konjunkturinstituts im neuesten „Vierteljahrsheft zur Konjunkturforschung“ hatte die deutsche Wirtschaft im Sommer des verflossenen Jahres den Konjunkturrückgang beendet. Seitdem ist eine Atempause eingetreten. Produktion und Beschäftigung sanken nicht mehr weiter, die Geldsätze gingen weiter zurück, die Kurse auf dem Effektenmarkt begannen leicht zu steigen. Damit war die eigentliche Krise überwunden und die Wirtschaft in die sogenannte Depression eingetreten. In einer großen Reihe von Industriezweigen begannen im Herbst Produktion und Beschäftigung zu wachsen. Die Indexziffer der industriellen Produktion stieg dann auch von 53,1 im August auf 63,4 im November. Dann trat eine zum Teil saisonbedingte Erschlaffung ein. Dies konnte besonders bei den Verbrauchsgüterindustrien beobachtet werden. Der Rückschlag hat sich allein auf Produktion und Beschäftigung beschränkt. Wenn die Konsumgüterindustrien erneut einen Rückschlag erlitten, dann war dies darauf zurückzuführen, daß die Heilkräfte zur Überwindung einer Krise, nämlich die Massenkaufkraft, sich nicht genügend stark erwiesen, um die gesteigerte Produktion aufneh-

men zu können. Der Verbrauch ist gegenwärtig so niedrig, daß eine Annäherung der Produktion an den Verbrauch in seinem augenblicklichen Umfang nur verhältnismäßig wenig Anregung geben kann. Das Arbeitseinkommen hat sich gegen Ende des Jahres 1932 mit der leichten Zunahme von Beschäftigung und Arbeitszeit etwas erhöht, liegt aber gegenwärtig immer noch sehr tief. Soweit die Produktionsmittelindustrien in Frage kommen, ist eine Verschlechterung kaum eingetreten. Eine fühlbare Belebung der Wirtschaft kann nur durch eine verstärkte Investitionstätigkeit erfolgen. Die Investitionskosten, d. h. Materialkosten und Löhne, sind gegenwärtig im Vergleich mit den vorausgegangenen Jahren sehr niedrig. Die Voraussetzungen für eine Belebung der Investitionsindustrien sind also außerordentlich günstig. Wörtlich heißt es in dem Vierteljahrsheft: „Um die Arbeitslosigkeit ganz zu beseitigen, um alle vorhandenen menschlichen Arbeitskräfte wieder in den Produktionsprozeß einzuordnen, bedarf es eines weit ausholenden, umfassenden Reformwerkes, wie es die jetzige politische Entwicklung wohl eingeleitet hat.“ Im übrigen gibt das Konjunkturinstitut in Deutschland im März 1933 folgenden Überblick:

„Die konjunkturelle Entspannung hat während der verflossenen Monate weitere Fortschritte gemacht. Jedoch setzen sich die Kräfte nur langsam durch, die den Anstoß zu einer neuen Aufwärtsbewegung geben. Der Kapitalmarkt hat das Stadium der Emissionsreife noch nicht erreicht. Der Geldmarkt jedoch ist flüssig und die Kurse am Effektenmarkt steigen, besonders seitdem die po-

litischen Verhältnisse geklärt sind und neue Hoffnungen aufkeimen. Trotz der Rückschläge im Winter sind Produktion und Beschäftigung der Industrie konjunkturell gegenwärtig etwas höher als in ihrem Tiefpunkt im vergangenen Sommer. Die sichtbare Belebung, die sich auf Teilgebieten im Herbst 1932 angebahnt hatte, ist, wie zu erwarten, in eine Horizontalbewegung übergegangen. In den nächsten Monaten dürfte aber schon die saisonübliche Zunahme von Produktion und Absatz die Lage in vielen Wirtschaftszweigen erleichtern. Die Arbeitslosigkeit ist bereits in der zweiten Februarhälfte, also früher als in den letzten Jahren, wieder etwas gesunken. Einkommen und Verbrauch erholen sich von den starken Erschütterungen der letzten Jahre nur allmählich; indes ist es schon als Fortschritt zu buchen, wenn hier keine weiteren Rückschläge mehr eintreten. Das mag vielleicht zusammen mit stabileren Preisen die Verbrauchsgüterindustrien und den Einzelhandel zu Lagerauffüllungen veranlassen. Die amerikanische Kreditkrise dürfte die deutsche Volkswirtschaft unmittelbar nur wenig berühren; Stillehalteabkommen und Devisenbewirtschaftung bilden einen nicht zu unterschätzenden Schutzwall. Andererseits sind von der Weltwirtschaft her Anregungen für die deutsche Konjunktur vorerst nicht zu erwarten. Auch vieles andere spricht dafür, daß noch mit einer längeren Dauer der Depression gerechnet werden müßte, wenn man den Dingen ihren Lauf ließe. Doch besteht jetzt die Zuversicht, daß der Heilungsprozeß durch wirtschaftspolitische Maßnahmen wirksam gefördert wird.“

Das Ermächtigungsgesetz und seine Bedeutung

Die kurze Tagung des Reichstages galt vor allem dem Ermächtigungsgesetz, mit Hilfe dessen die gegenwärtige Regierung vier Jahre hindurch ohne Einspruch des Reichsparlamentes und des Reichsrates zu regieren in der Lage ist. Der Gesetzentwurf, der dem Reichstag vorlag, gliedert sich in fünf Artikel. Wir bringen sie nachstehend zum Abdruck:

1. Reichsgesetze können, außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden. Das gilt auch für die in Artikel 85 Absatz 2 und Artikel 87 der Reichsverfassung bezeichneten Gesetze.

2. Die von der Reichsregierung beschlossenen Gesetze können von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Reichstages und des Reichsrates als solche zum Gegenstand haben. Die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt.

3. Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze werden vom Reichskanzler ausgefertigt und im Reichsgesetzblatt verkündet. Sie treten, soweit sie nichts anderes bestimmen, mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft. Die Artikel 68-77 der Reichsverfassung finden auf die von der Reichsregierung beschlossenen Gesetze keine Anwendung.

4. Verträge des Reiches mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen für die Dauer der Geltung dieses Gesetzes nicht der Zustimmung der an der Gesetzgebung beteiligten Körperschaften. Die Reichsregierung erläßt die zur Durchführung dieser Verträge erforderlichen Vorschriften.

5. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem 1. April 1937 außer Kraft. Es tritt ferner außer Kraft, wenn die gegenwärtige Reichsregierung durch eine andere abgelöst wird.

Dieses Ermächtigungsgesetz gibt der Reichsregierung Rechte und Vollmachten, die bisher noch keine Regierung besessen hat. Im Zeitraum von vier Jahren kann die Regierung die Gesetzgebung ohne Inanspruchnahme der gesetzgebenden Faktoren, des Reichstages und des Reichsrates ausüben. Sie kann aber auch den ordentlichen Weg der Gesetzgebung beschreiten. Die Reichsregierung erhält Vollmacht für vier Jahre, auf dem Gebiete der Finanzen ohne Reichstag die nötigen Anordnungen zu treffen. Durch Artikel 3 werden die Artikel 68-77 der Verfassung außer Kraft gesetzt. Diese betreffen die Vorschriften, daß der Reichstag das Recht hat, Gesetzesvorlagen einzubringen, ohne daß sie die Zustimmung der Mehrheit des Reichsrates bzw. des Reichstages bedürfen. Die übrigen Artikel enthalten das Inanspruchnahme des Reichstages bzw. des Reichsrates, das Recht des Reichspräsidenten ein Gesetz zum Volksentscheid zu bringen usw. Es werden somit die Rechte des Reichstages, des Reichsrates und des Reichspräsidenten eingeschränkt. Die Einwirkungsrechte des Reichspräsidenten auf die Reichsgesetzgebung gehen durch das Ermächtigungsgesetz auf den Reichskanzler über. Der Reichskanzler hat hinfür das Recht, Gesetze auszufertigen und zu verkünden. Die Institutionen des Reichspräsidenten, des Reichstages und des Reichsrates kann die Reichsregierung allerdings nicht beseitigen. Das ganze Gesetz ist eine Kannvorschrift, die anzuwenden im Belieben der Reichsregierung steht.

Das Wirtschaftsprogramm von J. M. Keynes

Der einflußreiche englische Nationalökonom Keynes hat in einer Artikelserie in der „Times“ seit mit großer Spannung erwartetes Wirtschaftsprogramm, das er zur Erleichterung der Weltwirtschaftskrise ausgearbeitet, veröffentlicht. Im Mittelpunkt dieses Programms steht das von ihm bereits früher entwickelte Projekt der Schaffung eines internationalen Geldes. Um die Volkswirtschaften anzukurbeln und die drückenden Schuldenverhältnisse zu erleichtern, sei die Steigerung des allgemeinen Preisniveaus erforderlich. Jedoch sei es nicht möglich, dieses Ziel durch die Kreditpolitik eines einzigen Landes zu erreichen, sondern es müsse dafür eine internationale Aktion einsetzen, um so mehr, da es sonst von der zufälligen Währungsfrage des einen oder des andern Landes abhängen würde, ob das betreffende Land eine Kreditverweigerung, die zur Steigerung des Preisniveaus führt, überhaupt durchführen könne. Würden jedoch sämtliche wirtschaftlich bedeutungsvollen Länder gleichzeitig ihre Kredite ausdehnen, so könnte wohl die Steigerung der allgemeinen Preisniveaus erreicht werden. Allerdings könnten diese Kredite gegenwärtig nicht von der privaten Wirtschaft nachgefragt werden, da doch die privaten Industrieanlagen auch heute noch zum großen Teil unausgenutzt sind, sondern allein durch die öffentliche Hand, die die Kredite zur Arbeitsbeschaffung verwendet. Aufschlußreich sind die Berechnungen von Keynes über die Kosten der Arbeitsbeschaffung. Der zur Neueinstellung eines

Arbeiters nötige Kapitalaufwand pflegt auf 500 Pfund Sterling im Jahre geschätzt zu werden. Werden aber die bei der Herstellung von Rohstoffen und Produktionsmitteln sowie in den Verkehrsbetrieben mittelbar Beschäftigten berücksichtigt, so sinkt dieser Aufwand auf 200 Pfund Sterling. Nimmt man weiterhin an, daß zur Versorgung der Neueingestellten mit Bedarfsartikeln weitere Arbeitskräfte beschäftigt werden, und zwar so, daß auf je zwei Neueingestellte ein zusätzlich beschäftigter Arbeiter entfällt, so sinkt der Kapitalaufwand, der für die Neueinstellung eines Arbeiters erforderlich sei, auf 133 Pfund Sterling, d. h. auf zwei Drittel von 200 Pfund.

Auf welche Weise soll nun die Krediterweiterung bzw. die Erhöhung der Geldmenge international erfolgen? Keynes redet da von der Schaffung eines internationalen Geldes das Wort, das nicht etwa die bestehenden Währungen ersetzen, sondern neben diese treten bzw. diese ergänzen soll. Ein internationales Organ, in dem die Notenbanken zusammenwirken, soll bis zur Höhe von 5 Milliarden Dollar Banknoten ausgeben. Diese Banknoten sollen dann den einzelnen Ländern gegen verzinsliche Schuldverschreibungen, entsprechend den Goldvorräten, die diese Länder im Jahre 1928 besaßen, gegeben werden. Sie müßten von den Notenbanken laut Gesetz ebenso behandelt werden wie deren Goldreserven, d. h. sie könnten ebenso gut wie das Gold zur Vermittlung internationaler Spitzenzahlungen wie auch zur Deckung der inländischen Banknoten verwendet werden. Dieses Weltgeld würde so lange im Verkehr bleiben, bis sich das internationale Preisniveau auf den Stand des Jahres 1928 erhöht.

Es wäre zur Durchführung des Planes erforderlich, daß sich die Länder ihre Wechselkurse stabilisieren, d. h. daß sie praktisch zur Goldwährung zurückkehren. Allerdings möchte Keynes zwei Reformen der neuen Goldwährungen durchführen. Einmal soll die Spanne zwischen Ankaufspreis und Verkaufspreis des Goldes durch die Notenbanken bis zu 5 Prozent gehen dürfen, um durch Regelung des An- und Aufkaufspreises die kurzfristige Verschuldung der Welt in Grenzen zu halten. Ist nämlich diese Spanne hoch, so würde das dadurch bedingte große Kursrisiko die ausländischen Geldbesitzer von der Gewährung kurzfristiger Kredite zurückhalten. Die zweite ebenso wichtige Reform der Goldwährung, die Keynes vorschlägt, sollte die sein, daß die Goldparität in den betreffenden Ländern unter bestimmten Bedingungen und in bestimmten engen Grenzen von Zeit zu Zeit geändert werden darf, d. h. daß u. a. auch eine mäßige Devalvation der Währung stattfinden kann, um die Goldwährung den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Wenn diese Bedingungen erfüllt werden, dann wünscht Keynes, den man in letzter Zeit gewöhnlich als einen Gegner der Goldwährung bezeichnete, die Rückkehr zur Goldwährung sowohl in England wie der übrigen Welt.

Die weitere Bedingung, die nach Keynes außer Schaffung des internationalen Geldes erfüllt werden muß, sei (neben Aufhebung der Devisenzwangswirtschaft) die Abschaffung der neuerdings in verschiedenen Ländern zur Manipulierung der Handelsbilanz eingeführten oder erhöhten Zölle und Einfuhrkontingente. Allerdings will Keynes diese letztere Bedingung nur soweit aufstellen, als sämtliche Länder gleichzeitig den Abbau der Einfuhrhindernisse durchführen, und ist der Ansicht, daß, wenn das eine oder das andere Land an seinen Einfuhrbeschränkungen festhielte, und daher deren Abschaffung auch für andere Länder unmöglich werde, das Weltgeld auf der Grundlage einer internationalen Goldwährung auch in diesem Falle ein wirksames Mittel der Bekämpfung der Weltwirtschaftskrise sein würde. Dieser Ansicht kann man nicht unbedingt beipflichten, da eine Entwicklung der Zahlungsbilanzen der Schuldnerländer, die dazu nötig wäre, um die wiederhergestellten Goldwährungen ohne Devisenzwangswirtschaft aufrechtzuerhalten, die Befreiung des internationalen Wirtschaftsverkehrs von seinen Fesseln zur Bedingung hat.

Wie hoch ist die Weltverschuldung von heute?

Die Ermittlung der Höhe der Weltverschuldung erfordert langwierige Berechnungen, die außerdem durch Schätzungen eine unvermeidliche Ergänzung erfahren müssen, da es zuverlässige statistische Unterlagen nur in wenigen Ländern gibt. Aufschlußreich ist eine Berechnung von Professor Hirsch (im B. T. Nr. 130) die von den Zahlen des Instituts für Konjunkturforschung ausgeht und die die gesamte politische und private Verschuldung der Welt für Mitte 1932 (ohne Reparationen) mit 307,2 Milliarden RM. angibt. Hiervon entfallen auf die staatliche Verschuldung (politische Schulden) 54,6 Milliarden und auf die private Verschuldung 252,6 Milliarden. Die private Verschuldung selbst muß wiederum in langfristige und kurzfristige Verschuldung aufgeteilt werden. Eine Schätzung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich gibt für Mitte 1931 die kurzfristige Verschuldung mit 40 Milliarden an, wovon im Laufe

des Jahres 1932 etwa 20 Milliarden zurückgezahlt sein dürften. Doch dürfte der verbliebene Rest, da die tatsächliche kurzfristige Verschuldung höher gewesen sein wird als diese Schätzung, heute noch etwa 35 Milliarden betragen. Was nun den Anteil der einzelnen Länder anlangt, so haben die größten Forderungen (Forderungen abzüglich der eigenen Schulden) an die übrige Welt die Vereinigten Staaten mit 73,1 Milliarden, ihnen folgen unmittelbar auf dem Fuß Großbritannien mit 72,1 Milliarden, dann in allerdings großem Abstand Frankreich mit 35,9, Holland mit 14,9, die Schweiz mit 14,0, die nordischen Länder mit 5,4 und Japan mit 1,5 Milliarden. Der Rest von 21,1 Milliarden entfällt auf die übrigen Länder. Eine gewisse Kontrolle dieser Zahlgrößen ermöglichen die Zinszahlen. Unter Zugrundelegung der Aufstellungen des Völkerbundes machen die Zinsverpflichtungen gegenwärtig den gewaltigen Betrag von 15 bis 16 Milliarden jährlich aus, eine untragbare Last, die die Einfuhr immer mehr zusammenschumpfen läßt, da die Schulden in früheren Jahren auf einem sehr viel höheren Preisniveau eingegangen wurden, so daß bei dem sehr viel niedrigeren gegenwärtigen Preisniveau die Zinsen und vor allem die Kapitalrückzahlungen aus den Ausfuhrerlösen immer schwieriger und beinahe unmöglich werden. Daher bleibt die Lösung des Schuldenproblems eine der wichtigsten Voraussetzungen zur Lösung der Weltwirtschaftskrise.

Steigt das Arbeitseinkommen?

Das deutsche Institut für Konjunkturforschung glaubt, daß das deutsche Arbeitseinkommen den Rückgang beendet hat und es tendenziell zum ersten Male seit 1929 im geringen Maße zu steigen beginnt. Im Jahre 1932 betrug das Arbeitseinkommen 25,7 Milliarden Mark. Gegenüber dem Höhepunkt im Jahr 1929 mit 44,5 Milliarden ist ein Rückgang von rund 42 v. H. zu verzeichnen. Dieser Rückgang wurde bestimmt durch steigende Arbeitslosigkeit, Verkürzung der Arbeitszeit und Senkung der Löhne und Gehälter. Das Arbeitseinkommen im Jahre 1932 war geringer wie im Krisenjahr 1926, wo es 33 Milliarden betrug. Das durchschnittliche Bruttoeinkommen des beschäftigten Industriearbeiters je Woche ist von 37 Mark im vierten Vierteljahr 1929 auf 26 Mark im vierten Vierteljahr 1932, also um rund drei Zehntel, gesunken. Das Bruttoeinkommen des Angestellten sank im Durchschnitt von 292 auf 186 Mark. Wesentlich mehr ist das Nettoeinkommen der beschäftigten Arbeiter und Angestellten gesunken. Beim verheirateten Arbeiter ist ein Rückgang um 34 v. H. und beim verheirateten Angestellten um 26 v. H. festzustellen. Das Arbeitseinkommen insgesamt wird infolge der saisonmäßigen Verminderung der Arbeitslosigkeit in den nächsten Monaten steigen. Ob auch eine Steigerung der tatsächlichen Verdienste eintreten wird, steht bei den derzeitigen Zuständen in Deutschland noch nicht fest. Vermögen die Gewerkschaften ihre Kraft zur Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft einzusetzen, dann geht mit der Besserung der Wirtschaftslage auch eine Steigerung des Arbeitslohnes einher. Doch vermag man in dieser Beziehung die Entwicklung der Dinge nicht vorauszusehen. Die Erhaltung und Stärkung der Gewerkschaften ist jedenfalls die unbedingte Voraussetzung dafür, daß die Arbeiter an den besseren Erträgen einer aufsteigenden Konjunktur teilzunehmen vermögen.

Rückgang des Fleischverbrauchs

Das Arbeitseinkommen der großen Verbrauchermassen ist von 1929 bis 1932 gewaltig abgesunken. Gleichzeitig sind die Reserven der Konsumenten zum größten Teile aufgezehrt. Da ein Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse für Deutschland so gut wie unmöglich ist, müssen in Deutschland, für das durch zollpolitische Maßnahmen die Einfuhr vor allem von Fleisch bedeutungslos geworden ist, die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse so lange fallen, bis die angebotenen Mengen der Aufnahmefähigkeit der Konsumenten entsprechen. Dieser durch die wirtschaftlichen Verhältnisse der letzten Jahre erzwungene Preisfall, der sich vor allem beim Fleisch stark auswirkte, hat zum großen Teil verhindern können, daß entsprechend dem Einkommensschwund auch der Verbrauch zurückgehen mußte. Das letzte Wirtschaftsjahr 1932 zeigt jedoch, daß die Verarmung der großen Massen der Bevölkerung gegenwärtig so weit fortgeschritten ist, daß trotz der gewaltigen Preisrückgänge auch Verbrauchsminderungen eintreten mußten. So ging beispielsweise der Fleischverbrauch nach den Mitteilungen des deutschen Statistischen Reichsamtes im Jahre 1932 von 3,30 Millionen Tonnen auf 3,18 Millionen Tonnen, also insgesamt um 120 000 Tonnen zurück. Im Verbrauch je Kopf der Bevölkerung bedeutet das einen Rückgang von 51,08 Kilogramm im Jahre 1931 auf 48,94 Kilogramm im Jahre 1932. Vor allem hat der Verbrauchsrückgang des letzten Jahres das Schweinefleisch betroffen, dessen Anteil von 33,20 auf 30,87 Kilogramm je Kopf der Bevölkerung zurückging. Der Gesamtverbrauch an Schweinefleisch fiel in Deutschland im Jahre 1932 von 2,15 auf 2,0 Millionen Tonnen.

VERBAND UND BERUF

Starker Rückgang der Tapetenausfuhr

Die deutsche Ausfuhr von Tapeten hat sich auch im Jahre 1932 wieder erheblich verschlechtert. Die Ausfuhr ist gegenüber 1931 um rund 35 000 Doppelzentner zurückgegangen. Der Wert der Ausfuhr fiel um 4,4 Millionen Mark. Man kann schon von einem katastrophalen Rückgang sprechen, wenn man die Entwicklung in den letzten beiden Jahren untersucht. Im Vorjahre ging die Ausfuhr von Monat zu Monat zurück, seit 1930 sank sie um 53 000 Doppelzentner. Leider setzt sich nach den bisherigen Ergebnissen der Rückgang der Tapetenausfuhr auch in diesem Jahre fort. Der Vergleich mit der Vorkriegszeit ergibt, daß die Ausfuhr 1932 weit unter die Vorkriegsmenge gesunken ist.

	Doppelzentner	Wert in 1000 RM.
1915	119 718	9 161
1929	124 425	14 066
1930	137 165	14 566
1931	118 784	11 864
1932	83 941	7 488

Offenbar schnürt das Ausland den deutschen Export systematisch ab. Diesen Eindruck bekommt man, wenn man die deutsche Tapetenausfuhr nach den einzelnen Ländern untersucht. Die folgende Übersicht zeigt unsere Ausfuhr nach den wichtigsten Abnehmerländern (in Doppelzentner):

	1932	1931	1930
Belgien	2951	4079	4918
Dänemark	4739	6459	6823
Frankreich	3013	2951	2941
Großbritannien	9637	29961	33953
Italien	2954	3424	3602
Niederlande	27360	32562	33846
Österreich	1690	1495	2565
Schweden	1086	1973	2594
Schweiz	12340	9882	12353
Ver. Staaten	812	1375	3362
Argentinien	3751	4975	6381

Am stärksten ist unsere Tapetenausfuhr nach Großbritannien zurückgegangen; sie sank 1932 gegenüber dem Vorjahre um 66 Prozent. Eine beachtenswerte Steigerung weist die Ausfuhr nach der Schweiz auf.

Die Gesamteinfuhr an Tapeten vom Auslande nach Deutschland betrug 1932 381 Doppelzentner im Werte von 42 000 Mark. E. N.

Gangbare Wege?

Der Band der chemigraphischen Anstalten, Kupfer- und Tiefdruckereien Deutschlands e. V. veröffentlicht in der Tages- und Fachpresse unter dem Titel: „Neue Wege, das Schutzzeichen, deutsche Arbeit“ folgenden Aufruf:

„Auch wer nicht Anhänger des Autarkie-Gedankens ist, wird es für richtig halten, daß der deutsche Verbraucher bei gleicher Qualität der deutschen Ware den Vorzug gibt. Nun ist aber leider der Konsument meist gar nicht in der Lage, sich über das Ursprungsland der Ware Gewißheit zu verschaffen; oft hält er es für selbstverständlich, daß es sich um ein deutsches Erzeugnis handelt, während ihm in Wahrheit ein ausländisches Produkt geliefert wird. Diesem Mißstand suchen die deutschen Klischeehersteller, die im „Bund der chemigraphischen Anstalten, Kupfer- und Tiefdruckereien Deutschlands e. V.“ zusammengefaßt sind, für ihren Gewerbebetrieb auf neuartige Weise abzuwehren. Wie einst in England die Kennzeichnung deutscher Waren durch die Marke „Made in Germany“ gesetzlich vorgeschrieben war, so soll nun freiwillig das deutsche Klischee für den Absatz in Deutschland mit einer Schutzmarke versehen werden, die es als deutsches Erzeugnis ausweist. Mancher Verleger, der in seinen Verlagswerken für die Bevorzugung deutscher Industrieerzeugnisse eintritt, hat für den Druck dieser Werke Klischees verwandt, die ihm vielleicht von einer deutschen Kunstanstalt geliefert, tatsächlich aber im Ausland hergestellt waren. Ebenso war mancher Katalog, der für deutsche Waren werben sollte, mit ausländischen Klischees gedruckt worden. Weder der Verleger, noch der Industrielle konnte wissen, daß die „Graphische Kunstanstalt“



von der er die Klischees bezog, nichts als Vertreterin einer ausländischen Firma war. Künftig wird hier für Klarheit gesorgt sein: wer Klischees mit obstehendem Zeichen bezieht, weiß, daß er deutsche Arbeit erhält, also mit seiner Bestellung dazu beigetragen hat, den deutschen Arbeitsmarkt zu entlasten und die innerdeutsche Kaufkraft zu stärken. Auch werden die dem Bund angeschlos-

senen Firmen das Zeichen auf ihren Briefbogen und ihren geschäftlichen Ankundigungen führen. Es ist zu hoffen, daß dieser neuartige Weg sich als erfolgreich erweisen wird und daß in kurzer Zeit das Verbandszeichen „DA“ bei der deutschen Abnehmerschaft als Kennzeichen deutscher Klischees ähnliches Ansehen erlangt, wie es einst bei der Marke „Made in Germany“ als Kennzeichen deutscher Arbeit in England der Fall war.“

Wir wissen sehr gut, welche Ursachen dem Aufruf des „Bundes“ zugrunde liegen und was damit erreicht werden soll, aber ob damit auch gangbare Wege beschränkt sind, darf in große Fragezeichen eingeklammert werden. Denn was dem einen recht ist, muß schließlich dem andern billig sein. Was wird dann aus den deutschen Industrie- und Gewerbegruppen, die auf Auslandsabsatz angewiesen sind, wenn jedes Land die gleiche Methode übt? Wir nennen nur das deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe, um anzudeuten, welche volkswirtschaftlichen Folgen mit solchem Tun notwendigerweise ausgelöst werden müssen. Es ist doch offensichtlich, daß bei gleichem Handeln aller Staaten und aller Völker die bisherige Schrumpfung des Welthandels nur ein leiser Anfang wäre. Aber selbst die Wirtschaftspolitik und -theoretiker, die einer nationalen Wirtschaftspolitik sehr nahe stehen, müssen zu der Schlußfolgerung kommen, daß der Schrumpfung des Welthandels bald ein Ende gemacht werden müsse. Sie sehen durchaus sehr richtig die Tatsache, daß Deutschland mit solchen Methoden weltpolitisch abhandeln müsse.

Zu dem Aufruf des „Bundes“ ließe sich noch manches andere sagen. Soll sich der Hinweis auf deutsche Arbeit bei den Klischees nur auf das auf dem Zink oder Kupfer befindliche Bild beziehen oder soll er auch auf die verwendeten Materialien bezogen werden? Schon sitzen wir mit dieser Frage in des Teufels Küche. Oder wünscht der Bund von seinen Mitgliedern, die neben der Bildherstellung auch den Bild- und Buchdruck pflegen, gar, daß aller Produktion für den Weltmarkt auch dieses Signet zur Kenntlichmachung deutscher Arbeit für jeden beigegeben wird?

Unsere Einwände und Fragen zu dem Tun des „Bundes“ richten sich nicht dagegen, deutsche Auftragnehmer in deutsche Betriebe zu führen, um dort ihre Aufträge ausführen zu lassen. Auch wir treten dafür ein, daß deutsche Arbeit deutschen Arbeitern zufließt. Wir erheben Einwände gegen die Methode, weil ihre volkswirtschaftlichen Auswirkungen verhängnis für die deutsche Wirtschaft sein müssen. Wir sagen mit Herrn von Siemens: das Ausland kann ohne Deutschland leben, Deutschland aber nicht ohne das Ausland. Deshalb wünschen wir, daß auf diese Sachlage Rücksicht genommen wird und alles unterbleibt, was den Aufstieg hemmt und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit hindert. Die „Neuen Wege“ des „Bundes“ halten wir nicht für gangbare Wege.

25 Jahre Verbandsmitglied

Die Aachener Kollegenschaft feiert in diesen Tagen die 25jährige Mitgliedschaft ihres ehemaligen langjährigen Vorsitzenden und jetzigen Kassierers Paul Engels. Bis zum letzten Mann ist sich die Mitgliedschaft bewußt, daß der, den sie feiert, die Ehre wohl verdient hat. Reich an Arbeit war seine Amtszeit, unermüdet sein Schaffen, und da er alle Konsequenzen seines Amtes zog, ist er auch ein Opfer der guten Sache geworden.

Im Juli 1921 wurde Kollege Engels zum 1. Vorsitzenden der Ortsgruppe Aachen gewählt. Vor ihm lag ein großes Arbeitsfeld. Die immer steigende Inflation, die Überteuering im besetzten Gebiet, von der Aachen besonders schwer betroffen wurde, brachte viele Kämpfe, viele Verhandlungen, viel Ärger und Verdruß. Engels blieb stark. Da er immer auf dem Posten war, blieb ihm nichts verborgen und nichts verließ im Sande. Kurz vor den Weihnachtstagen von 1926 erreichte ihm dann erneut das Schicksal. Als Festgeschenk — die Kündigung.

Paul Engels mußte, jetzt schon vorgerückten Alters, sein Brot auswärts suchen. Wegen Familienverhältnissen kehrte er im Herbst 1928 nach Aachen zurück. Kaum wieder daheim, wählte die Versammlung ihn im Januar 1929 als Beisitzer in den Vorstand, und als im März 1932 Aachen vor der Wahl eines neuen 1. Kassierers stand, schenkte die Kollegenschaft dem Kollegen Engels einstimmig das Vertrauen für diesen Posten. Wie ehemals als Vorsitzender und später als Beisitzer, erfüllte Kollege Engels jetzt sein Amt als Kassierer. Ihm gebührt das Verdienst, die Restantenfrage in Aachen ziemlich rasch gelöst zu haben.

Da Kollege Paul Engels auch an vielen Gaukonferenzen teilgenommen hat, ist er über die Grenzen seiner engeren Heimat in Kollegenkreisen gut bekannt geworden. Die Glückwünsche, die wir dem Kollegen Engels an seinem Jubeltage darbringen, werden deswegen auch ganz im Sinne vieler auswärtiger Kollegen liegen.

Hundert Jahre B. Dondorf

Die bekannte Spielkartenfirma B. Dondorf in Frankfurt a. M., deren Fabrikate auch besonders im Ausland wegen ihrer vorzüglichen Qualität hoch geschätzt werden, sieht am 1. April d. J. auf ihr hundertjähriges Bestehen zurück.

Die Firma, von dem Lithographen Bernhard Dondorf im Jahre 1833 gegründet, beschäftigte sich seit ihrer Gründung mit allen Sparten des Steindrucks. Die Aufnahme der Spielkartenfabrikation erfolgte im Jahre 1858, so daß dieser Geschäftszweig in diesem Jahre sein 75jähriges Bestehen feiern kann.

Aus Anlaß dieses Doppeljubiläums gibt die Firma Mitte April d. J. unter der Bezeichnung „Dondorfs Hundertjahrkarte“ eine Spielkarte heraus, die wegen ihrer hochkünstlerischen Vollendung die Aufmerksamkeit weiter Kreise verdient.

Erfolgreicher Vorstoß gegen die Gefängnisarbeit in den Vereinigten Staaten

Im Staate Texas (Amerika) hatte sich die Unsitte eingebürgert, daß selbst der Bedarf an amtlichem Verwaltungsmaterial, welches durch die graphische Industrie stammt, in Gefängnissen erzeugt wird, während die freien Arbeiter und Arbeiterinnen einerseits jeder staatlichen Fürsorge entbehren, wenn sie arbeitslos sind, durch ihre Steuern aber schließlich zum Unterhalt der Gefängnisse beitragen müssen, wenn sie Beschäftigung haben.

Diesem Unfug dürfte nun endlich ein Ende bereitet worden sein durch einen Prozeß, der vom „Allied Printing Trades Council“ (eine Art „Graphisches Kartell“) erfolgreich durchgekämpft worden ist. Wie in Amerika — und vielleicht auch in anderen Ländern — üblich, wurde der Prozeß von beiden Seiten mit allen juristischen Spitzfindigkeiten geführt; die Folge davon war zwar, daß der Prozeß sich monatelang hingeschleppt hat, das Endresultat war aber um so wertvoller für das Graphische Kartell. Es wird der Verwaltung des Gefängnisses im allgemeinen wie jedem einzelnen Mitgliede derselben verboten, die Insassen des Gefängnisses mit Arbeiten oder an Maschinen zu beschäftigen, die ins Bereich der Buchbinderei, Buchdruckerei oder Lithographie gehören; die Finanzverwaltung darf derartige Arbeiten nicht bezahlen der Kontrolleure die Rechnungen nicht gegenzeichnen usw.; den Behörden wird aufgegeben, jeden Bedarf an einschlägigem Verwaltungsmaterial öffentlich auszuschreiben, und schließlich wurden die beteiligten Beamten zur Tragung sämtlicher Kosten des Verfahrens verurteilt.

Da die hier angedeuteten Zustände in einer ganzen Anzahl der 48 Staaten von Nordamerika vorherrschend sein sollen, darf angenommen werden, daß sich die übrigen Staaten nicht erst vom Graphischen Kartell bzw. durch Gerichtsurteil zwingen lassen werden, auf die Gefängnisarbeit zu verzichten und namentlich unsere belgischen Kollegen begrüßen den erzielten Erfolg mit besonderer Genugtuung, da sie selbst seit Jahrzehnten in einem unermüdeten Kampfe gegen die Konkurrenz stehen, welche durch die Arbeit in den Gefängnissen gemacht wird.

Tarifverhandlungen in England

Die Organisationen der Buchbinder, Buchdrucker und Lithographen von England haben ein „Graphisches Kartell“ errichtet, welches die Lohn- und Tarifverhandlungen gemeinsam führt. Seit der Gründung dieses Kartells konnten alle Angriffe der Unternehmer auf die Lohnhöhe abgeschlagen werden.

Die Forderungen der Unternehmer gehen bis zum Januar 1932 zurück, und da die Unternehmerorganisationen von Anfang an auf den geschlossenen Widerstand des „Graphischen Kartells“ gestoßen sind, versuchen sie jetzt, auf dem Wege der Verhandlungen mit den verschiedenen einzelnen Organisationen ihr Ziel zu erreichen. Es ist bemerkenswert, daß die Unternehmer ihre Forderung auf Herbeiführung einer Lohnkürzung einzig und allein mit der Begründung aufgestellt haben, daß das Personal „noch immer einen sehr guten Lohn erhält“. Die Unternehmer fragen natürlich den Teufel danach, daß die in Arbeit verbliebenen Mitglieder der beteiligten Organisationen einen sehr hohen Beitrag zur Unterstützung ihrer arbeitslosen Kollegen entrichten, so daß sie bereits ihr gerüttelt Maß zu den Lasten der Krise beitragen. Die Unternehmer wollen natürlich auch nicht begreifen, daß die Erfahrungen in anderen Ländern bewiesen haben, daß die Wirtschaft niemals durch eine Lohnkürzung angekurbelt werden kann.

Holländische Arbeiter

In der Hoefkade in Rotterdam wohnte der Sekretär unserer Brüdergewerkschaft. Weil ich so abgerissen war, wollte ich nicht erst raufgehen. Doch — weiß der Teufel wie es kam — plötzlich stand ich vor seiner Tür. Er bat mich einzutreten, bot mir einen Stuhl an und weil er gerade von der Arbeit gekommen war, servierte seine Frau das Abendbrot.

„Natürlich ist der deutsche Kollege mit uns“, sagte er. Seine Frau lächelte. Sie hatte bereits ein Gedeck vor mir aufgestellt. Nach dem Essen meinte er: „In den Haag ist eine Arbeitsstelle frei. Wenn du jetzt rüber fährst, triffst du bestimmt den dortigen Sekretär noch an. Vielleicht kannst du dann morgen früh schon anfangen zu arbeiten. Willst du fahren? Wenn nicht, kannst du auch bei mir schlafen.“

Ich wollte fahren, hatte aber kein Geld. „Hier hast du zehn Gulden“, meinte der Sekretär, „ich werde es morgen mit der Verbandskasse verrechnen. Die Fahrt kostet zwar noch nicht einmal zwei Gulden, aber vielleicht kann etwas passieren.“

„Was denn — Zehn Gulden? Aber du kennst mich doch gar nicht, weißt gar nicht, ob ich überhaupt arbeiten will. Bin auf Wanderschaft und komme aus Deutschland.“

„Aber du hast doch ein Verbandsbuch“, brummte er ungeduldig, „also rede nicht soviel“. Er betrachtete mich eine Weile von oben bis unten und meinte dann: „Du siehst übrigens ganz gefährlich aus.“

Ich wollte mich mit ihm nicht darüber streiten. „Dortje!“ rief er seine Frau, „wir müssen ihm etwas zum Anziehen geben. Was sollen die Kameraden in den Haag von mir denken, wenn ich einen Kollegen, der sich auf der Durchreise befindet, so zu ihnen schicke.“

Diesmal wollte ich protestieren. Aber wie das so ist im Leben — eine Stunde später fuhr ich in einem noch sehr gut erhaltenen Anzug nach den Haag.

Ich hatte den Bahnhof verlassen und fragte einen Mann im holprigen Holländisch nach der Ouden-aarder Straat. Der Mann lächelte höflich und gab mir im perfekten Deutsch die gewünschte Auskunft. Er begleitete mich ein Stück, gab mir beim Abschied seine Adresse und sagte: „Auch ich bin ein Gewerkschaftscollega von ihnen. Wenn sie heute kein Quartier mehr finden, kommen sie bitte zu mir. Meine Frau und Töchter werden darüber erfreut sein.“

So also sehen die berichtigten Werber der Fremdenlegion aus, dachte ich und verabschiedete mich hastig.

Der Haager Gewerkschaftssekretär sah sich mein Gewerkschaftsbuch an und gab mir die Arbeitskarte. „Wieviel Geld hast du noch?“ fragte er. „Acht Gulden.“

„Das ist ein bißchen wenig. Bei mir kannst du nicht wohnen, zum Zimmersuchen ist es heute schon zu spät, also mußt du in ein Hotel gehen. Hier hast du noch fünf Gulden dazu. Wenn du nicht auskommen solltest, mußt du eben herkommen. Übrigens, hast du schon Abendbrot gegessen?“

Ich zahlte im Hotel für drei Tage im voraus, schlief nach langer Zeit wieder einmal in einem ordentlichen Bett und ging mich tags darauf vorstellen. Als der Chef engagierte mich sofort. „Sie haben doch ein Verbandsbuch?“ fragte er ängstlich und, als ich bejahte, „sonst hätten sie nämlich bei mir nicht arbeiten können“.

Wir betraten den Arbeitsraum und ich ließ mich vorstellen. Als der Alte gegangen war, kam ein graubärtiger Kollege an meinen Tisch und ließ sich mein Verbandsbuch geben.

„Der Meister kommt erst am Nachmittag“, meinte er, „er muß irgendwo etwas richten. Der ist eigentlich unser Vertrauensmann und hätte sich gleich an der Tür dein Buch zeigen lassen.“

„Was, der Meister ist der Vertrauensmann?“ Sie lachten. „Und was für ein Vertrauensmann. Auf den ist der ganze Verband stolz. So etwas gibt es wohl in Deutschland nicht?“

„Nein“, sagte ich, „in Deutschland ist der Meister fast immer der Antreiber“.

Wir arbeiteten eine Weile in dem kleinen Raum. „Sing mal ein deutsches Lied“, bat mich der Drucker. Wir sangen gemeinsam „Wacht auf...“ in zwei Sprachen. In unseren Gesang dröhnte plötzlich

vom Flur her eine tiefe Stimme. „Das ist der Meister“, brummte der Traubart. Die Tür wurde aufgestoßen und herein trat — der Fremdenlegionswerber. Wir blickten uns beide einen Augenblick erstarrt an. Dann gab er mir lachend die Rechte.

Kurz vor der Mittagspause würfelte sie. Der Meister hatte die meisten Punkte und sagte deshalb zu mir: „Glück gehabt, heute kommen Sie zu mir“.

„Wie — was?“
„Zum Mittagessen kommen Sie heute zu mir. Beinahe wäre Klaas de Groot der Sieger geworden. Meine Frau wird Augen machen.“

Als wir nach der Mittagspause die Werkstatt wieder betreten, kam mir lachend der Drucker entgegen. „Eine feine Wohnung habe ich für dich“, schrie er, „gleich hier in der Nähe. Sie kostet mit Verpflegung, Wäsche usw. nur zwölf Gulden in der Woche. Was sagst du nun dazu, hä?“

Ich sagte gar nichts.
Kurz vor Feierabend gab es zwischen dem Meister und den anderen eine erregte Auseinandersetzung. Er erklärte ihnen, daß das Ergebnis des Würfelspiels nicht nur für das Mittagessen, sondern auch für das Abendbrot gerechnet war. Was die ändern heftig bestritten. Weil sie in der Mehrzahl waren, bekamen sie natürlich recht.

Sie würfelten also, ohne mich überhaupt auch nur zu beachten, aufs neue, und diesmal war nicht der Meister, sondern der Monteur, Piet de Kijzer, der Sieger. „Wunderbar!“, lachte der, „gerade heute gibt es etwas Feines bei uns. Da wirst du einmal holländische Kost kennen lernen, Deutscher.“

Es dauerte eine Woche, bis ich bei jedem von ihnen gegessen hatte. Sie wären tödlich beleidigt gewesen, hätte ich es ihnen abgeschlagen. Als sie dann das Würfelspiel von neuem beginnen wollten, wagte ich erst Protest dagegen einzulegen. Sie waren auch jetzt noch beleidigt und redeten eine halbe Stunde nicht mit mir.

Die Männer hatten sehr viel in der Gewerkschaft zu tun. Der Meister referierte hier und dort, die anderen besuchten Vorlesungen, Versammlungen oder mußten in Sitzungen. Wenn einmal nichts war am Abend, saßen wir beim Meister und spielten Dame. Die Holländer sind versessen auf dieses Spiel. Spät in der Nacht trennten wir uns. Eine halbe Stunde vor Beginn der Arbeitszeit saß der Meister am andern Tage dann schon mit irgend jemanden in der Bude und spielte weiter. In der kurzen Frühstückspause kam oft der Chef in den Arbeitsraum, um mit einem von uns ein Spielchen zu machen. Manchmal blieb er über eine Stunde und spielte unter der gespanntesten Aufmerksamkeit der Arbeiter seine Partie zu Ende. Dann verschwand er mit hochrotem Kopf, wild gestuliert, in seinem Büro. Hatte er verloren, kam er nach fünf Minuten wieder herausgerannt. „Piet!“ schrie er dann oder „Klaas!“ oder „Henrik!“ — „Sie haben gemogelt, ich habe es ganz deutlich gemerkt. Mich besiegt man sonst nicht beim Damespiel. Aber warten Sie, ich verlange Revanche!“

In der nächsten Pause verlor er bestimmt wieder. „Wir sind ihm eben in jeder Beziehung überlegen“, pflegte der Meister zu sagen.

Sie hatten mich bis zum Bahnhof begleitet. Der Meister löste mir eine Fahrkarte nach Paris, dann traten wir traurig auf den Bahnsteig. Wie das immer ist, wenn man nur noch ein paar Minuten vor dem großen Scheiden beisammen sein kann, wußten auch wir uns nichts mehr zu sagen. Piet brach als erster das Schweigen. Ich habe dir etwas für die Reise zum Essen mitgebracht“, murmelte er und überreichte mir ein umfangreiches Paket. „Bis nach Paris ist es weithin.“ Ohne ein Wort zu sagen, überreichten mir nun auch die ändern sieben umfangreiche Pakete, in denen sich Eßwaren befanden.

Der Nachtexpress Amsterdam-Paris donnerte in die Halle. Vom Zugfenster aus reichte ich jedem noch einmal die Hand. Und, als der Bahnhofsvorsteher das Signal zur Abfahrt gab, kam ihnen plötzlich die Sprache. Sie schrien Abschiedsworte und Freundschaftsbeteuerungen in die Luft und winkten mit den Taschentüchern. Aber ich verstand nicht was sie sagten. Plötzlich löste sich die Gestalt des Meisters von ihnen und raste in langen Sätzen neben dem Zug einher. Keuchend erreichte er auch noch mein Fenster. „Ich habe es

fast vergessen — —!“ schrie er, „wenn du wieder in Deutschland bist, grüß die deutschen Kollegen!“

Ganz kurz sah ich noch ein rotes lachendes Gesicht. Dann verschwamm das Bild vor meinen Augen.
W. Hoffmann.

„Der schwache Punkt der Technokraten“

Die „Internationale Wirtschaft“, Organ der Internationalen Handelskammer, beschäftigt sich in Nr. 3 mit den Forschungen der Studiengesellschaft in den Vereinigten Staaten, die sich Technokraten nennen. Der Artikel wendet sich gegen einseitige Übertreibungen. U. a. wird ausgeführt: Wenn es wahr wäre, daß die für die Produktion erforderliche menschliche Arbeitskraft in den letzten Jahren annähernd auf Null gesunken ist, so würde man vor einer ungefahr hundertprozentigen Arbeitslosigkeit stehen. Nach eigenen Zahlen der Technokraten ist die Anzahl der in amerikanischen Fabriken beschäftigten Personen in der Zeit von 1920 bis 1929 um 6 v. H. zurückgegangen, während die Produktion um 36 v. H. gestiegen ist; das bedeutet eine Steigerung der Ertragsfähigkeit eines jeden Angestellten im Vergleich zum Vorjahr um nicht ganz 7 v. H. je Jahr.

Aus der Februar-Nummer der Zeitschrift der Handelskammer der Vereinigten Staaten wird in dem gleichen Artikel folgendes zitiert: Trotz der Warnung der Technokraten, daß die Maschine die Arbeit des Menschen übernimmt, ist die Anzahl der beschäftigten Personen in den Vereinigten Staaten in der Zeit von 1910 bis 1930 um mehr als 10 Millionen gestiegen. Außerdem beweist die Tatsache, daß im Jahre 1910 52 v. H. der Bevölkerung 45 Jahre oder mehr alt waren und im Jahre 1930 52 v. H. dieser Altersklasse beschäftigt wurden, daß ältere Personen erfolgreich mit jüngeren konkurrieren.

Gewiß soll man sich bei den von den Technokraten erörterten Problemen von Übertreibungen fernhalten. Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß die technische Entwicklung eine Verlagerung zuungunsten des menschlichen Faktors in der Produktion erfahren hat. Mit einer wesentlich verkürzten Arbeitszeit würde sicher die gleiche oder eine noch größere Menge der Produkte geschaffen werden.

Die Volksfürsorge unterstützt praktische Arbeitsbeschaffung

Die Volksfürsorge vermochte auch in dem Krisenjahr 1932 Hypothesen in hohem Maße zur Verfügung zu stellen. Auch für die neuen Hypothesen gilt der für alte Gelder gesetzlich vorgesehene Zinsfuß von 6 v. H. Die Volksfürsorge hat außerdem von der Möglichkeit, einen Verwaltungskostenzuschlag zu erheben, keinen Gebrauch gemacht und auch an dem alten Auszahlungssatz von 99 festgehalten. Sie hat durch die Hergabe billigen Geldes zu ihrem Teil an der Erfüllung der wichtigsten Forderung der Zeit, der Arbeitsbeschaffung, mitgewirkt und vielen Unternehmungen die Weiterarbeit ermöglicht. Diese Leistung der Volksfürsorge ist um so höher zu bewerten, als sie in erster Linie den infolge der Not erhöhten Ansprüchen ihrer Versicherten zu genügen hatte. Wenn die Volksfürsorge dennoch rund 25 Millionen Mark als Wohngrundstückshypothesen usw. anlegen konnte, dann beweist diese Tatsache den praktischen Wert des Instituts für die Versicherten im allgemeinen und für die deutsche Wirtschaft im besonderen.

Inhaltsübersicht

Hauptteil: Erklärung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes / Die Konjunktur in Deutschland / Das Ermächtigungsgesetz und seine Bedeutung / Das Wirtschaftsprogramm von I. M. Keynes / Wie hoch ist die Weltverschuldung von heute? / Steigt das Arbeitseinkommen Rückgang des Fleischverbrauchs.

Verband und Beruf: Starker Rückgang der Tapetenausfuhr / Gangbare Wege / 25 Jahre Verbandsmitglied / Hundert Jahre B. Dongörf / Erfolgreicher Vorstoß gegen die Gefängnisarbeit in den Vereinigten Staaten / Tarifverhandlungen in England.

Holländische Arbeiter / „Der schwache Punkt der Technokraten“ / Die Volksfürsorge unterstützt praktische Arbeitsbeschaffung / Anzeigen.

Zinkdruckplatten in Ia Lithographie-Qualität

Ia Auswaschtinktur Zinkätzsalz D. R. P.

Entsäuerungspulver, Schleifkugeln

sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck

KARL MESS G. M. B. H., BERLIN SO 36, Wiener Straße Nr. 50
Tel. F. 8, Oberbaum 2289.

Faltbootport

Das erste fabrikmäßig hergestellte deutsche Faltboot war das Klepperboot. Noch heute noch ist es das beliebteste. Mehr als 100.000 fertige Klepperboote beweisen daß die Gebrauchzeit von 26 Jahren sind im Klepperboot erreicht. Verlangen Sie den reichillustrierten Katalog 5 über Klepperboote und Klepperzette.

Klepper-Werke Kofenheim - Rr.
Größte Faltbootwerft der Welt.

Das Reklameklischee und seine Vorteile

Praktischer Ratgeber mit 48 illustriert. Beispielen aus der Klischee- und Drucktechnik.

VON HANS ECKSTEIN.

Preis 3.- RM. einschließlich Nachnahme. Zu beziehen durch:

Conrad Müller, Schkeuditz-Lepzig, Augustastraße 8-9.